



Medienkonferenz, 11. Mai 2011

Bern solar

Christine Häsler, Fraktionspräsidentin Grüne Kanton Bern
Es gilt das gesprochene Wort

Der Ausstieg ist zwingend, der Umstieg ist machbar - technisch und politisch

„Die äquatorialen Wüsten der Erde empfangen in sechs Stunden so viel Energie von der Sonne, wie die ganze Menschheit pro Jahr verbraucht.“ Dieses Zitat aus der Konzeptskizze „Desertec“ zeigt, welch riesiges Potential wir zur Verfügung haben, wenn wir es richtig nutzen. Jan Remund und Urs Muntwyler haben eindrücklich aufgezeigt, dass wir die Sonne gar nicht aus der Wüste holen müssen, um sie in genügendem Masse zu nutzen. Wir müssen aber politisch klar machen, dass der Ausstieg zwingend und der Umstieg machbar ist, technisch und politisch.

Am Ausstieg führt kein Weg mehr vorbei, das will spätestens seit der Tragödie in Japan eine sehr deutliche Mehrheit der Bürgerinnen und Bürger so. Diese Forderung werden wir in der Politik – kantonale, nationale, kommunale – beharrlich weitervertreten. Die Grünen Kanton Bern streben deshalb im Hinblick auf die nationalen Wahlen eine Listenverbindung mit allen ökologisch orientierten Parteien an, die sich für den Atomausstieg einsetzen. Unser Anliegen ist, dass keine einzige Wählerstimme, die für eine atomkritische Partei abgegeben wurde, verloren geht. Wir haben deshalb unter anderem die Grüne Partei Bern (GPB) und die Grünliberale Partei (GLP) aufgefordert, sich einer breiten Listenverbindung mit uns anzuschließen.

Die Umstellung auf die Erneuerbaren muss jetzt angegangen werden. Nicht als Ergänzung zum Bestehenden, sondern als einzig gangbarer und richtiger Weg. Energieproduzenten wie die Bernischen Kraftwerke (BKW), die zu einer Mehrheit dem Staat – also der bernischen Bevölkerung – gehören, haben sich an diese Devise zu halten. Die BKW hat so zu produzieren, dass die Bevölkerung saubere Energie beziehen und sicher leben kann.

Heute schon beziehen wir unseren Strom zu 60% aus Wasserkraft. Die Wasserkraft wird eine der ganz wichtigen Säulen bleiben. Ja, sie wird als bestehende saubere Kraft und mit ihrem Potential als Speicher noch an Bedeutung gewinnen.

Deshalb heisst die Formel für die Zukunft: Effizienz! Erneuerbare! Wasserkraft!

Effizienz: Darüber stimmen wir am Sonntag ab. Ein klares JA zum Energiegesetz ist der erste richtige und unabdingbare Schritt dazu.

Erneuerbare: Solarenergie muss auf bestehenden Bauten in der Schweiz massiv gefördert werden. Das Umsteigen gelingt so, wie unsere Fachpersonen gezeigt haben. Alles was wir noch zusätzlich nutzen können wie Biomasse (Power vom Bauer), Wind und Prozesswärme stärkt das System zusätzlich.

Wasserkraft: Das ist das Bindeglied zwischen den Erneuerbaren und den Energieanwendungen. Wasserkraft ermöglicht und stärkt den Umstieg auf Erneuerbare. Sobald sie nicht mehr mit Atomstrom gekoppelt ist, sondern mit erneuerbarer Energie, haben auch wir Grünen nichts mehr gegen die Pumpspeicher-Wasserkraftwerke einzuwenden. Die heute als „pièce de résistance“ umkämpfte Erhöhung der Grimselstaumauer wird unter Umständen auf selbstverständliche Art und Weise geklärt. Wenn sie zur Sicherung der Versorgung als zusätzlicher Speicher gebraucht wird, dann muss man sie erhöhen. So kann Wasserkraft ihre künftige Aufgabe wahrnehmen, grosse Mengen Energie einzuspeichern und die gespeicherte Energie im Bedarfsfall sehr rasch wieder abzugeben.

Zurück zur politischen Lage: Wir Grünen fordern den Ausstieg aus der Atomenergie seit unserem Bestehen. Für uns ist deshalb klar, dass nach Fukushima rasch und deutlich gehandelt werden muss.

Wir forderten deshalb

- die Sondersession, die im Juni im Grossen Rat nun stattfinden wird. Die Grüne Fraktion hat eine Reihe von politischen Vorstössen eingereicht,
- dass das AKW Mühleberg 2012 abgestellt werden muss (Motion Häsler/Kropf),
- dass die dringenden Fragen rund um die Sicherheit rasch und öffentlich beantwortet werden (Vorstösse Heuberger, Scheuss, Grimm, Kropf, Imboden),
- und dass nun konkrete Schritte für den Umstieg angepackt werden. Beispielsweise fordert eine Standesinitiative von Rita Haudenschild, dass die Regierung sich beim Bundesrat für die sofortige Erhöhung der internen Begrenzung des Solarstroms bei der kostendeckenden Einspeisevergütung (KEV) und für die Erhöhung der KEV-Abgabe auf dem Strompreis einsetzt. Ein Vorstoss von Antonio Bauen fordert ein Inventar von Dach- und Fassadenflächen für die Solarstromproduktion, Rita Haudenschild verlangt in einer weiteren Motion die konsequente Förderung der Erneuerbaren Energie und Natalie Imboden die Förderung von Arbeitsplätzen im Bereich der erneuerbaren Energien.

Das Camp im Garten der BKW wird erst geräumt, wenn Mühleberg still steht, so haben wir von den Engagierten gehört und gelesen. Der Ausstieg ist zwingend, der Umstieg machbar. Es wird uns weiterhin brauchen. Wir sind bereit, mit allen Kräften im Kanton Bern zusammenzuarbeiten. Vorausgesetzt, sie nehmen die Bevölkerung – die heutige und die künftigen Generationen - und die Verantwortung für die Zukunft ernst. Allein kann das niemand – gemeinsam ist es machbar. Wir zählen auf die politischen Kräfte im Kanton Bern. Gerade auch auf jene, die so kurz nach der AKW-Abstimmung ihre Meinungen anpassten – dran bleiben heisst jetzt die Devise; für sie und für uns.

Ich danke Ihnen für Ihr Interesse.